Schlaglicht

Nr. 26

10.1.83

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

„Toller Einfall! Rüsten um abzurüsten!"

SCHLAGLICHT!

erscheint 14-tägig

Impressum

An dieser Nr. haben mitgewirkt:

Michael Siebel
Ulli Buntenbruch
Roland Wengenmayr
Folkmar Nilkes
Franz Nagel
Peter Hille
Bernd Golle

V.i.s.d.P AStA der TH Darmstadt

Redaktionsschluß Nr. 27 : 17. Januar 1983

IN DIESEM HEFT

Zum neuen Jahr 2
Aufrüsten um abzurüsten?
Eine prima Idee! 3
Das Risiko wird größer 9
Die neue deutsche Welle 9
Tagesordnungspunkt "O" 11
Einer Kuh ins Horn gepetzt? 12
Das Parlament
Berichte aus dem StuPa 14
Erklärung des AStA zur Besetzung des Ausländerreferats 15
Veranstaltungen 16

ZUM NEUEN JAHR

Eine Meldung aus den letzten Tagen, die durch die Tageszeitungen ging, handelte von den Hoffnungen der Bundesbürger für das Jahr 1983. Sie besagt folgendes: 34 Prozent der Deutschen in der Bundesrepublik sehen dem Jahr 1983 mit Hoffnungen entgegen, 27 Prozent mit Skepsis und 32 Prozent mit Befürchtungen (laut Institut Allensbach).

In der Tat sind die Entwicklungen alles andere als rosig. Die fortschreitende Entwicklung der Technik, die unserer kulturellen Entwicklung davonläuft und eine immer weitergehende Entfremdung der Arbeit von den Arbeitnehmern bedingt, die damit sicherlich im Zusammenhang zu sehende zunehmende Arbeitslosigkeit, die sich fortsetzende Mutlosigkeit (nicht nur) bei Lehramtsanwärtern, die keine Chance mehr auf Einstellung haben, die bedenklichen Entwicklungen auf dem Rüstungssektor - trotz der Verhandlungen in Genf -, die immer größer werdende Angst vor einem möglichen Krieg: das alles gibt nicht gerade zu Hoffnungen Anlaß; und die Liste ließe sich noch beliebig weiter fortsetzen.

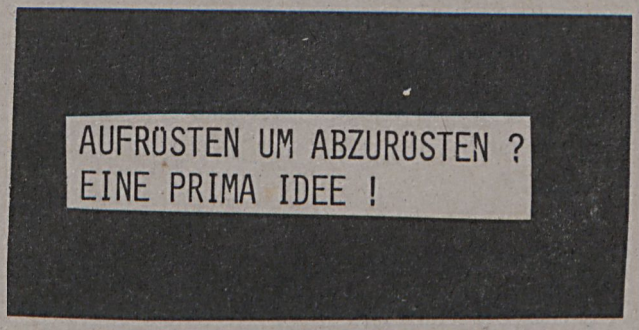
Auf der anderen Seite steht aber die Tatsache, daß langsam aber sicher immer mehr Leute merken, daß herkömmliche Politik in dieser Wirtschaftslage nicht mehr greift, daß neue Ideen gebraucht werden.

Bei diesem Umdenkprozeß sind auch wir als angehende Akademiker aufgefordert, unserer Verantwortung - die zwar an der Uni nicht gelehrt wird, die wir aber nichtsdestotrotz haben - gerecht zu werden. Und wenn wir uns nur dafür einsetzten, daß Lehrinhalte nicht "neutral", sondern kritisch vermittelt werden, d.h., daß bedenklich stimmende Entwicklungen und möglicherweise auch alternative Lösungsmöglichkeiten in den Lehrveranstaltungen diskutiert werden können und auch diskutiert werden - dann wäre das schon etwas, was zu Hoffnungen berechtigte.

Die Tatsache, daß es uns - vorsichtig ausgedrückt - mal etwas schlechter geht als sonst, daß wir unser Anspruchsdenken nicht so leicht befriedigen können wie noch vor ein paar Jahren, sollte nicht Grund zu Resignation sein. Vielmehr müssen wir ak-

tiv an den notwendigen Änderungen mitarbeiten.

In diesem Sinne wünschen wir Euch ein engagiertes Jahr 1983.



Durch die Regierungsübernahme der rechtskonservativen Regierung unter Kanzler Kohl, wurde ein weiterer Schritt unternommen, den NATO "Nachrüstungsbeschluß" einen Schritt sicherer umzusetzen, und damit den Frieden in Europa um ein Vielfaches unsicherer zu machen. Werden die neuen Raketen mit den klingenden Namen cruise missails und Pershing in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik stationiert, so beträgt die Vorwarnzeit für diese Waffen gerade noch fünf Minuten. Diese fünf Minuten, so läßt sich jetzt schon sagen, hätten bei den zahlreichen "Fehlalarmen" die es bislang schon gegeben hat, nicht ausgereicht, um die Falschmeldung noch rückgängig zu machen. Das atomare Inferno aus Zufall also?

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Bevölkerung von Europa und Amerika mit dererlei Wahnsinnspolitik nicht konformgehen will. Zu absurd wurde das Versprechen durch Rüstung den Frieden erhalten zu wollen, durch Abschreckung den Gegner, der im kalten Krieg erst zu diesem rasenden Bären geworden ist, davon abzuhalten einen Krieg zu führen.

1982 und 1982 fanden die größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublick statt und es waren Demonstrationen für einen Frieden ohne Waffen. In diesem Jahr organisierte die Friedensbewegung erstmals wieder Ostermärsche in der ganzen BRD.

Die Hoffnung mit der man Ende der sechziger die damaligen Ostermärsche eingestellt hatte, wurden bitter enttäuscht. Die SPD, die nach dem zweiten Weltkrieg noch "Nie wieder Krieg" auf ihre Fahnen schrieb, war mit Kanzler Schmidt Vorreiter der Nachrüstung. Es war der Deutsche General Altenburg der als Macher des Doppelbeschlusses in die Geschichte eingehen will.

Doch es sind nicht nur die großen Demonstrationen, die zeigen, daß sich etwas verändert hat. Schon biedere Schulmeister srpechen heute von Rüstungswahnsinn, die Angst von der Versaftung ist vei vielen nicht nur Angst geblieben, sondern verwandelte sich in Sachkompetenz. Zahlreiche Menschen sind heute in der Lage, das Gesabber vom Rüstungsgleichgewicht ad absurdum zu führen, viele sind in der Lage zu zeigen, daß Rüstungsprojekte vom ökonomischen Interesse bedingt sind, dagegen Militärdoktrien und Strategien nur schmückendes Beiwerk.

Doch was vielleicht noch wichtiger ist, viele Menschen sind bereicht, gegen eine Politik, die Krieg als eine denkbare Komponente mit einbezieht, mit ihrem persönlichen Angagement etwas zu unternehmen.

Mit dieser Artikelserie will die Schlaglichtredaktion einen Beitrag dazu leisten, euch Informationen über den aktuellen Stand der Diskussion über Rüstungsfragen zu geben .

Die Artikel sind von unterschiedlichen Standpunkten aus geschrieben. Wir wünschen uns, wenn sie dazu beitragen können, euch Informationen zu geben, aber euch auch zu reizen, euren Standpunkt un mitzuteilen.

ICH KAUF MIR 'NEN SCHIFF UND 'NE KANONE UND MACH MEINE EIGENE ARMEE

In diesem ersten Artikel der Reihe "Aufrüsten um abzurüsten" werden verschiedene Modelle der Verteidigung vorgestellt, wie sie teilweise in der öffentlichen Diskussion stehen, teilweise aber auch schon in der Bundeswehr und der NATO diskutiert werden. Die Informationen stammen zu großen Teil von einem Seminar in der evangelischen Akademie in Loccum an dem Mitglieder der Arbeitsgruppe Frieden und Abrüstung im AStA teilnahmen.

DAS RESSOURCENPROBLEM

Im letzten Jahr stand die Bundesregierung vor dem Widerspruch, auf der einen Seite die Forderung des amerikanischen Präsidenten nach 3% Steigerung der Rüstungsetats pro Jahr zu erfüllen, andererseits aber auch den Haushalt der Bundesrepublik sanieren zu wollen. Schon heute gibt die Bundesrepublik 60 MRD. DM für die Rüstung aus. Das sind 25% des gesamten Haushaltes. Weltweit kosten uns die vermeindliche Sicherheit 500 Mrd-Dollar. Die USA mußte im letzten Jahr 33,6 Mrd. Dollar an Sozialbereich einsparen, um sich die teuerste Armee der Welt noch leisten zu können. Die Unterschiede zur Sowjetunion sind nur gradueller Natur. Die Tatsache, daß alle 10 Jahre eine neue Waffengeneration neu installiert ist, scheint für die Hochrüster noch nicht bedenklich. Bedenklich dagegen ist, daß diese 10mal so teuer ist wie die vormalige.
Der Reichtum der hochindustrialisierten Nationen wird somit zu einem erheblichen Teil verschleudert. 400 Mio. Hungertote pro Jahr sind das erschreckende Ergebnis. Es stellt sich also die Frage, wann einfach nicht merh genug Geld da ist, um die immer teurere Rüstungsmechanerie zu finanzieren.
Doch die Resourc enfrage stellt sich, insbesondere für die Bundeswehr, noch auf einem ganz andere und bislang nichtbbedachten Feld. Wie auch in Schule und Hochschulen, wird die Bundeswehr in den nächsten Jahren vom Pillenknick heimgesucht. Man schätzt, daß 1989 der Bundeswehr 3o - 5o.ooo Rekruten fehlen werden. Die Alternativen zu einem personellen Abbau werden jetzt schon in der altäglichen Politik sichtbar.
Nicht um mehr Gerechtigkeit willen (was ist das für eine Gerechtigkeit?) wurde der Zivildienst viel länger gemacht als der Wehrdienst. Sondern um mehr junge Menschen in die Bundeswehr zu ziehen.
Es ist kein Spaß wenn laut darüber nachgedacht wird, daß Frauen Wehrdienst leisten sollten, oder gar Ausländische Mitbürger das Land verteigien sollen in dem sie doch auch gute Arbeit bekamen (haha). So bekommt die ausländerfeindliche Politik der CDU/CSU/FDP Regierung vielleicht noch eine plötzliche "Wende". Auch der jüngste Vorschlag des Verteidigungsministers Wörner (CDU) eine Wehrsteuer für "Nichtgediente" einzuführen dient nur dem Zweck, den drohenden Rekruten mangel zu beheben. Obwohl Helmut Kohl und andere dieser Generation

dann mehr Steuern bezahlen müßten, wäre es sicher angebrachter eine Steuer für Dummschwätzerei zu erheben. Die würde ann wirklich nur die Richtigen treffen.
Die letzte Alternative wäre eine Berufsarmee. Dies würde aber die äußerst gefährliche Konsequenz nach sich ziehen, des die Armee noch stärker von der Gesellschaft abgekoppelt würde, als das eh' schon der Fall ist.Darüberhinaus wäre eine Berufsarmee ein unberechenbarer Machtfaktor. Den Staatsbürger in Uniform gäbe es dann wirklich nicht mehr.

Diese Resourcenprobleme haben dazu geführt, Wehrbeauftragte, hohe Militärs und Friedensforscher über Alternativen des herkömmlichen Verteidigungskonzepts mehr oder weniger laut nachzudenken.
Die Alternativen die ich hier vorstellen will, haben eins gemeinsam: es sind Alternativen, die auf der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Völkern und Nationen basieren. Das Konzept der zivilen Verteidigung - soll in einen späteren Artikel vorgestellt werden.
Ich denke jedoch, daß es wichtig ist sich auch mit Alternativen zum bestehenden Konzept zu befassen, da der Weg zu einem Frieden ohne Waffen aus Schritten besteht. Diese Schritte, die ersten Schritte, werden kleine sein, solche, die man auch mit den NATO Generälen wird gehen müssen. Das soll nicht heißen, daß die Friedensbewegung ihren Standpunkt verkaufen soll. Wenn man als ersten Schritt die Verhinderung des Doppelbeschlussens setzt, als weiterern die Reduktion des bestehenen Waffenarsenals , so zeigt das vielmehr daß unser Weg keine ferne Träumerei ist, sondern für jeden nachvollziehbar ist.
Die Fragen, die ich im Folgenden erörtern werde, sehen etwa wiefolgt aus:

- Ist die NATO Verteidigungsdoktrin der flexible response überholt?
- Welche Auswirkungen haben neue Verteidigungskonzepte auf die Gesell schaft ?
- Gibt es ein Gleichgewicht ?
- Gibt es überhaupt einen Spielraum für die Reduzierung von Waffen ?

FLEXIBLE RESPONSE - GUTDÜNKEN AUS DEM ATOMSPRENGKOPF

Wie jederman weiß, sind fast allte Länder Europas in Militärblöcke eingebunden. Naiv gesprochen verdanken wir den kriegsfreien Zustand Europas der Tatsache, daß der Warschauer Pakt sowie die NATO bislang das Klappern mit den Waffen so gut verstanden haben, daß sich niemand getraut hat, den ersten Schuß loszulassen. Im Westen wie im Osten haben die Formen des Schwerterrasselns unterschiedliche Namen. Die momentan gültige Militärdoktrin des Westens, also der NATo heißt flexible response.
Nach höchst offizieller Definition, nämlich nach der des Weißbuchs der Bundeswehr definiert sich diese Strategie:
" auf jede Aggression nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu reagieren, mit dem Ziel, die Lage wiederherzustellen, die vor Be-

ginn des Angriffs bestanden hat"... "die Fähigkeit, unter verschiedenen militärischen Mittels, konventionellen wie nuklearen, zu wählen und sie in einer vom Gegner nicht voraussehbaren Art und Weise einzusetzen. Damit soll dem Gegner auch die Voraussage der Reaktion der NATO und die Berechnung des Risikos unmöglich gemacht werden." (Weißbuch zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung 1969)

Mit anderen Worten heißt das also, daß die NATo ein breites Arsenal aller auch nur denkbaren Waffen zur Verfügung stehen hat, um die ganze Pallette möglicher Eskalationsstufen militärisch durchhalten zu können.
Vom produktionsstandpunkt her ist dies natürlich ein höchst angenehmer Standpunkt, denn diese Doktrin ermöglicht es, Waffen auf allen Stufen mit der entsprechenden Begründung produzieren zu können.
Es muß dabei nochmals klar gesagt werden, daß in die flexible response der Einsatz von Atomwaffen mit hineinfällt.
Zwar wird an dieser Stelle immer entschärfend argumentiert, daß nur der amerikanische Präsident den Einsatz von Atomwaffen befehlen könnte, was auch richtig ist, und somit sei der Einsatz von Atomwaffen immer eine politische Entscheidung und keine militärische. Was allerdings wohlweislich verschwiegen wird, ist die Tatsache, daß, ist erst einmal dieser Befehl ergangen, es dem Befehlshaber der Vereinigten Staaten in Europa obliegt, welche Eskalationsstufe er gerne wählen möchte.

Eine der Grundtatsachen der NATO-Strategie ist es, daß es für den Gegner glaubhaft erscheinen muß, daß man jederzeit bereit und in der Lage ist, einen Atomkrieg führen zu wollen und können.
Flexible response ist wie die Wanderung auf einem Grat - ein Windstoß kann jederzeit ein jähes Ende bereiten.

"WIR DÜRFEN NICHT AUF DAS PRINZIP ESKALATION VERZICHTEN"

Diese Überschrift ist gleichzeitig Zitat des Vertreters der BRD in der NATO Zepter und verdeutlicht plastisch wie mit unserer Sicherheit umgegangen wird. Es sind aber im wesentlichen zwei Überlegungen, die eine Änderung diese Haltung in der NATO möglich machen könnten. Die eine führte ich zu Beginn des Artikels aus. Es ist die Resourcenfrage auf verschiedenen Ebenen.
Die Zweite Überlegung liegt darin, daß für die Rüstungsexperten die Tatsache immer bedenklicher wird, daß die Abschreckung nach innen fast besser funktioniert als nach Außen.
Anbeträchtlich des existenten Waffenarsenals wäre jeder atomare Konflikt selbstmörderisch.
Beispielsweise verzichtet die NATO offiziel auf die Stationierung chemischer und biologische Waffen makaberweise nicht deshalb, weil diese Waffen grausam und unmenschlich sind, sondern deshalb, weil deren Einsatz - wie man glaubt - vom Gegner nicht abgenommen wird. Irrigerweise nahm man aber jahrelang an, daß der Gegner glaube

man würde atomwaffen einsetzen.
Jetzt, zu einem Zeitpunkt wo es ausreichend atomwaffen gibt, um die Erde ein paarmal in die Luft zu sprengen, wird deren Einsatz unglaubwürdig.
Zwar erklärern führende Vertreter der amerikanischen Regierung bisweilen, daß ein atomarer Konflikt führbar und nicht mit der Vernichtung des Feindes und der eigenen Nation einhergeht, ebenso erklären aber auch die Sowjets, daß ihrer Ansicht nach ein Atomarer Konflikt zur allgemeinen Selbstzerstörung führt.
Der Einsatz solcher Waffen ist also unglaubwürdig. Am Rande sei noch bemerkt, daß Atomwaffen mit hoher Treffgenauigkeit wie es die in Europa zu stationierenden sind, sowie die Neutronenbombre ein Schritt wäre, daß der Einsatz dieser Waffen doch, auch für den Gegner, gedacht werden kann. Pervertiertes Denken, aber Denken!!!
Die bröckelnde Doktrin und die Resourcenprobleme sind also Ausgangspunkt für neue Strategien der Bundeswehr, möglicherweise auch der NATO.

WIEVIEL IST GENUG ?

Die neuen Strategien die unter den Namen "David Prinzip" oder "Guirilliaarmee" kursieren, haben einige Eigenschaften, die ich erstmal vorwegstellen will.

1. Es handelt sich um Konzepte, die auf alle Fälle billiger sind als alles was sich die Bundeswehr im Moment leistet. Ein anschaulicher Beispiel hierfür ist das folgende:
   Im Manövern wurde durchgespielt wieviele Panzer der Klasse Leopard von einem Hubschrauber abgeschossen werden, bevor er selbst vom Himmel faällt. Man höre und staune, es waren derer 18! Ein Leopard kostet 4 Mio. DM ein Hubschrauber 1 Mio. DM!
2. Die Option des Einsatzes von Atomwaffen wird ausschließlich in die Hände der Politiker übergeben, sie soll bis auf weiteres nicht mehr Kalkül der Militärischen Strategie sein. Allen alternativen Konzepten ist aber gemein, daß sie nicht auf - zwar politische, aber immerhin - abschreckende Wirkung des möglichen Einsatzes von Atomwaffen verzichten sollen.
3. Die neuen Strategien haben deutlich defensiveren Charakter als die bisherigen Konzepte, Das Konzept der Guirilliaeinheiten die Affeld vorschlägt, gehen sogar soweit, daß man davon ausgeht, der Gegner müsse erstmal ins eigene Land eindringen, bevor man ihn richtig angreift.
4. Die Neuen Konzepte postulieren allesamt kleinere Kampfverbände mit leichterern Waffen. Man will also weg von ven Panzergroßverbänden, hinzu - wie auch immer gearteten - kleineren Einheiten.

DAS AFHELDTSCHE GUERILLA-KONZEPT

Wie schon einleitend gesagt, ist ein kerngedanke dieses Konzeptes die kleine Einheit. Affeld, der selber kein Mitglied der Streitkräfte ist, konzipiert seine Vorschläge weniger von der technologischen Seite, sondern vielmehr von der für jeden denkbaren Sichtweise aus.
SEine Vorstellungen sehen etwa so aus, daß in Ortschaften und Stadtteile

Kampfverbände geschaffen werden, die jederzeit einsetzbar sind. Die Bewaffnung sollte leicht sein, dagegen aber technologisch hochentwickelt. Dies würde dazu führen, daß dem Gegner Militärische Ziele genommen werden, er sich sozusagen durch das Land "durchkämpfen" muß. Die abschreckende Wirkung dieses Konzeptes würde nach Affeld dann etwa darin bestehen, daß "wir bereit sind unser Land hinter jedem Baum zu verteidigen".
Die Kritik dieses Konzeptes setzt im wesentlichen anzwei Stellen an. Einerseits, und dies gilt für alle alternativen Verteidigungskonzepte, somit auch für die gewaltfreien, sind diese Konzepte nicht in die NATO Strategie einbaubar. Andererseits würde das Affeldkonzept einen sehr hohen Grad an Militarisierung der Gesellschaft nötig machen. Es würde also dazu führen, daß jeder jeden Tag den Ernstfall über müßte.
Weiterhin lassen sich technische Gegenargumente finden, etwa derart, daß der Gegner wohl gar nicht erst mit Panzern kommt, wenn er weiß, daß man mit Panzerfäusten im Wald steht, auch dann nicht, wenn der Gegner nicht weiß wo man steht.
Als Chance stellt sich das Konzept in ökonomischer Hinsicht dar. Durch gezielte Nutzung der Technologien wäre eine Abkoppelung vom Rüstungswettlauf möglich.
In politischer Hinsicht erscheinen folgende Tatsachen verlockend:
Die militärische Strategie wäre transparent und zwar für jeden. Die Geheimniskrämerei um militärische Objekte würde der Vergangenheit angehören.

DAVID SCHLÄGT GOLIATH

Eine andere Modifikation alternativer Verteidigung schlägt der ehemalige General Löser vor. Bedingt durch seine Herkunft führt er die Diskussion um seine Vorschläge mehr von der technischen SEite aus, hat aber dadurch auch den Vorteil, daß er von den führenden Militärs ernstgenommen wird. Möglicherweise werden seine Vorschläge gerade deshalb so ernsthaft diskutiert da in der Tat die Resourcenfrage bislang von niemandem befriedegend beantwortet werden kann.
Löser schließt den Einsatz von Atomwaffen nicht aus. Er will aber die technologische Weiterentwicklung nicht auf atomarem oder chemisch - biologischem Gebiet sehen, sondern in konventioneller Hinsicht.
Er setzt den noch relativ großen Panzerverbänden des Ostblocks nach seinen Vorstellungen kleine Verbände mit effektiven Waffen und leicht beweglichen Maschinen entgegen.
Seine Argumente holt er aus der Erfahrung und dem Wissen über die Möglichkeit der existenten Waffen.
Sein Konzept erfordert weniger zentral Komunikation und sichert das Kampffeld "netzartig" (wohl sowas wie Raumdeckung - wa?). Diese neuen Einheiten sollen vielmehr grenznah eingesetzt werden und nicht erst in einem Bereich wo schon große Teile der BRD eingenommen sind. Dadurch soll auch insgesamt die Anzahl lohnender Ziele genommen werden.
Wie schon angedeutet stößt auch diesen Konzept ingsgesamt in der NATO auf erheblichen Widerstand. Das Dogma der Bündnistreue auf Gedeihund Verderb scheint alle unmöglich zu

machen, was auch nur leichte Schritte zum Anhalten des Rüstungswettlaufs sein könnte. Die NATO, der wir so treu sein sollen leistet es sich aber immerhin die Kleinigkeit von 3 verschiedenen Kampfpanzern zu produzieren. Ob diese Tatsache nun gerade dazu angetan ist, die Einheit und "Stärke" des Bündinissen zu dokumentieren, es sei dahingestellt.

„Das Risiko wird größer"

Im Kanzleramt wird eine Studie des Münchner Sinus-Instituts unter Verschluß gehalten, die der Regierung Schwierigkeiten mit ihrem proamerikanischen Kurs voraussagt.

Entgegen allem amtlich verbreiteten Optimismus glaubt gut die Hälfte der repräsentativ befragten 1600 Wahlberechtigten (56 Prozent), daß es bei den Genfer Raketenverhandlungen zu keiner Einigung kommen wird. Und 55 Prozent bezweifeln, daß USA und UdSSR überhaupt ernsthaft verhandeln. Während die Bundesregierung bisher unbeirrt am Nato-Doppelbeschluß festhält, sprechen sich 61 Prozent der unmittelbar vor und unmittelbar nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition am 17. September Befragten dafür aus, die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik zu verschieben, wenn bis Herbst 1983 noch keine Einigung erzielt ist.

Washington wird von 58 Prozent der Bundesbürger nicht geschont: Bonn solle das Aufstellen von „Pershing 2" und Marschflugkörpern ablehnen, so ihre Ansicht, falls die Amerikaner die Verhandlungen nicht ernsthaft führen und auf diese Weise die Stationierung der neuen Waffen durchsetzen wollen.

Was Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher besonders zu denken geben dürfte: 54 Prozent der Unions- und 70 Prozent der FDP-Anhänger empfehlen eine Verschiebung der Stationierung, falls sich die Großmächte bis zum Herbst 83 nicht geeinigt haben. Bei den SPD-Sympathisanten sind 65 Prozent dieser Meinung. 50 Prozent der Unions- und 65 Prozent der FDP-Klientel lehnen eine Stationierung ganz ab, falls sich herausstellen sollte, daß die Washingtoner Unterhändler in Genf nicht ernsthaft verhandeln wollen (siehe Seite 30).

Mehr Wähler als im Vorjahr – 49 Prozent gegenüber 45 Prozent – haben Angst vor den US-Raketen, „weil damit das Risiko eines Atomkriegs auf deutschem Boden größer wird". Nur noch 24 Prozent (1981: 30 Prozent) glauben, „daß durch die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen in Europa der Frieden sicherer werden wird, weil damit die Sowjet-Union wirksamer von einem Angriff abgeschreckt wird".

Text aus: Der Spiegel 1/83

DIE NEUE DEUTSCHE WELLE

Wir müssen sparen. Das ist klar. Die Presse hämmert diese Parole in unsere Köpfe. Die Regierung ermahnt uns. Unser neuer Helmut läßt es uns immer wieder wissen: wir alle müssen den Gürtel enger schnallen. Das ganze Volk muß es. Und manche bekommen ganz feuchte Augen in diesen Tagen in diesem unserem Lande. Erinnerungen werden wach, Erinnerungen an die Volksgemeinschaft. Wie ein Mann ...

Es wird gespart. Es wird gespart bei den Rentnern, bei den Kranken, bei den abhängig Beschäftigten, bei den Arbeitslosen, bei den Studenten, bei den Schülern. Das ist die neue deutsche Welle. Vom geistigen Inhalt her gar nicht so weit von den Texten der erwähnten Musikrichtung entfernt. Da kommen immense Summen zusammen. Allein bei den Schülern spart man durch die Streichung des BAFöG 200 Millionen DM pro Jahr. Wie groß ist der Beitrag der Studenten zur Gesundung der Staatsfinanzen? Das ist so genau zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu sagen. Ich möchte einmal grob versuchen, das abzuschätzen. Dazu gehe ich von der herrschenden Meinung aus. Von der behaupten zwar böse Zungen, das sei die Meinung der Herrschenden, aber das gehört jetzt nicht hierher. Dieselbe besagt, die Umstellung des Studenten-BAFöG auf Volldarlehen habe keinen Einfluß auf die Studentenzahlen, da ja weiterhin die Betroffenen Geld erhalten

werden. Kleinere Reibungsverluste auf dem zweiten Bildungsweg bleiben unberücksichtigt. Derzeit werden 1,35 Mrd. DM pro Jahr an Bafögmitteln bereitgestellt. Nach der alten Regelung, die 1974 in Kraft trat, würde der auszuzahlende Betrag auf etwa 1 Mrd. pro Jahr sinken. Der Rest wäre durch den Rückfluß der Darlehen gedeckt. Das Ganze gilt, wie gesagt, bei gleichbleibenden Studentenzahlen und etwa ab 1990. Damit ist die Frage nach dem derzeitig eingesparten Geld beantwortet: nix! Natürlich hat die neue Regelung auch noch ihre angenehmen Seiten. In akademischen Kreisen bleibt man unter sich. Durch diese Politik werden viele Menschen vom Studium abgehalten. Politik ist eigentlich ein Euphemismus, schließlich bezeichnet man einen Henker an der Guillotine auch nicht als Chirurg. Die Überfüllung der Hochschulen wird zurückgehen, der Leistungsdruck sinken, denn man muß die Studenten nicht mehr durch Prüfungen mit hohen Durchfallquoten herausbolzen. Das hat man bereits durch andere Mittel erreicht.

Ich höre schon wieder die lauten Rufe: wir müssen sparen. Jeder muß seinen Teil dazu beitragen. Auch die Bundeswehr. Deren neuer Chef heißt Dr. Manfred Wörner, Oberstleutnant der Reserve. Es handelt sich also endlich einmal um einen Fachmann in seinem Ressort. Der stellte fest, es gebe 866 Gefreitenposten in der Truppe zuviel. Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand nun folgerichtig darin, diesem Übel abzuhelfen. Von nun an wird es 866 Ober- und Hauptfeldwebel, Majore, Kapitäne und Oberstleutnants mehr geben. Diese Maßnahme bringt ca. 70 Mio. Mehrkosten pro Jahr. Man weiß nicht genau, aber vielleicht ist die Bedienung eines Gewehrs demnächst für einen Mannschaftsdienstgrad zu kompliziert, so daß man dafür einen Unteroffizier benötigt. Im Interesse der Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit darf man sich nun doch wirklich nicht über eventuell anfallende Mehrkosten aufregen. Immerhin steht unsere Freiheit auf dem Spiel. Mit dem Beförderungsschwung hat sich Herr Wörner die Sympathien in den Kasinos gesichert. Sein Vorgänger war bekanntlich bei der Truppe nicht sehr angesehen, denn er hatte nicht gedient. Fürwahr, ein schweres Manko. Und außerdem hatte er vor, das sogenannte "Controlling-System" einzuführen. Damit ist ein geschlossenes System zur Planung, Steuerung und Überwachung, wie es in jedem größeren Betrieb vorhanden ist. Eine der wichtigsten Funktionen des Systems besteht darin, permanent zu untersuchen, wo und wie Kosten gesenkt werden können, ohne die Substanz zu gefährden. Jeder ehemalige Bundeswehrangehörige kann da sofort einige Beispiele nennen. Dieses System dient also nicht der Kontrolle, sondern der Optimierung. Das wiederum scheint einigen Verantwortlichen im Verteidigungsministerium sowie den Führungen der Teilstreitkräfte nicht klar geworden zu sein. Das Verteidigungsministerium sieht die Einführung diese Systems als Mißtrauensbeweis für die Bundeswehr an. Die Chefs der Teilstreitkräfte fürchten, daß ihre Positionen gegenüber dem Generalinspekteur der Bundeswehr geschwächt würden. Also eine reine Prestigefrage.

Eine Studie hatte ergeben, daß eine einmalige Bestandssenkung von zwei Milliarden DM und langfristig eine Kostenreduzierung von ca. 1 Mrd. DM pro Jahr möglich wäre. Stellt man diese Summen den Einsparungen aus dem BAFöG-Bereich gegenüber, wird es geradezu peinlich: etwa das Fünffache der Einsparungen aus dem Schülerbafög! Ab 1990 wäre es mit dieser Einsparung möglich, etwa die Bereitstellung des Studentenbafög zu finanzieren; beim Beibehalten des alten Bafögsystems könnte man zwei Drittel des gesamten BAFöG abdecken. Das alles ohne den geringsten Substanzverlust, weder im Verteidigungsbereich noch beim BAFöG!

Hier wird ganz eindeutig eine Politik auf Kosten der sozial Schwächeren betrieben. Wer hat denn den Nutzen davon, der Bundeswehr jeden Schrott zu nahezu beliebigen Preisen andrehen zu können? Ich möchte sogar behaupten, daß eine solche Politik die Verteidigung eher schwächt als Sparmaßnahmen.

Zum Schluß möchte ich nicht versäumen, zu zeigen, daß auch die Bundeswehr spart. Es könnte sonst ein falsches Bild entstehen. Die Bundeswehr spart an den Rentenbeiträgen ihrer Wehrpflichtigen.

Tagesordnungspunkt „0"

Wie wäre es denn, meine Damen und Herren, wir würden ab nächster Sitzung einen TOP "0" auf die Tagesordnung setzen? Dieser könnte 1/4 Stunde lang diskutiert werden, erschiene nicht im Protokoll und wir könnten unseren Gedanken zu allgemeinpolitischen Inhalten freien Lauf lassen.

Dies, liebe Leute, ist nicht etwa ein Scherz von einem unserer Professoren, sondern ein wirklich ernst gemeinter Vorschlag, über den in unserer letzten Fachbereichsratssitzung abgestimmt wurde. Und das kam so:

In der vorletzten Sitzung des Rates des FB 3 wurde von einem der Profs angeregt, die Bafög-Streichungen beim nächsten Mal zu diskutieren. Diese wurden dann auch als TOP 12 "Diskussion der Bafög-Gesetzesvorlage" auf die Tagesordnung gesetzt. Als es endlich zu diesem Punkt kam, wurde dieser Prof. zu einer einleitenden Stellungnahme gebeten. Er allerdings zog seinen Antrag zurück, da zu diesem Zeitpunkt die Bafög-Kürzungen bereits beschlossen worden waren. Wir Studenten allerdings hatten uns auf dieses Thema vorbereitet, eine Resolution verfaßt und diese auch verlesen. Doch dann, als wir in die Diskussion einsteigen wollten, eröffnete uns unser Dekan, Prof. Grüner - für uns aus heiterem Himmel, von ihm wohl sehr gut vorbereitet - wir dürften innerhalb einer FBR-Sitzung weder einen Beschluß fassen geschweige denn diskutieren, wenn es um allgemeinpolitische Themen gehe - und das sei hier der Fall.
Als Begründung berief er sich auf einen Erlaß aus den 60er Jahren, der vorsieht, daß in hochschulpolitischen Gremien eben nur über hochschulpolitische Angelegenheiten diskutiert und beschlossen werden dürfe und allgemeinpolitische Fragen hier nichts zu suchen hätten. Fragt sich nur, wie und wo grenzt man hier ab.

Aber gerade dies schien unserem Dekan nicht schwer zu fallen.
Denn für ihn ist Bafög nur ein allgemeinpolitisches Thema und hat mit der Hochschule nichts zu tun - denn wäre es eine hochschulpolitische Angelegenheit, so wären wir in unserer Redefreiheit keineswegs beschnitten worden.

Aber das ist vielleicht zu krass formuliert, denn Herr Grüner wollte uns keineswegs beschneiden, im Gegenteil, er wies uns des öfteren darauf hin, daß wir uns gerne nach Beendigung der Sitzung weiter in dem Raum aufhalten könnten, ja, darüberhinaus stelle uns die Hochschule sogar noch Strom zur Verfügung und warm sei es auch, also, was wollen wir mehr? Wir brauchten also noch nicht einmal in eine Kneipe zu gehen, um mal gemeinsam über akute Mißstände zu diskutieren. Sollten wir diesen Vorschlag nicht dankbar annehmen?? Ist es nicht völlig egal, ob innerhalb einer Sitzung oder nach deren Beendigung ein allgemeinpolitisches Thema aufgegriffen wird?? Sind wir doch"vernünftig" und freuen uns, daß wir überhaupt Gelegenheit haben, unsere Meinung zu äußern. Wie und wo sollte doch dabei keine Rolle spielen?!

Es hatte den Anschein, als seien einige Profs. tatsächlich dieser Meinung, aber die Empörung vonseiten einiger weniger anderer und natürlich auch von uns war mehr als groß.

→

Denn einmal:
O.K., es gibt diesen Erlaß; der Dekan hätte die Pflicht (?), uns darauf hinzuweisen (fragt sich nur, warum er es gerade bei diesem Thema tat). Aber es ist doch die Frage, soll man sich wirklich von so einem Erlaß entmündigen lassen? Hätten wir ihn nicht ignorieren können, als gesamtes Gremium, um dem Dekan in diesem Fall nicht allein die Verantwortung zu überlassen? Und wie kann ich überhaupt in hochschulpolitischen oder sonstigen Diskussionen meine eigene politische Meinung vor der Tür lassen? Interessant ist auch, daß noch nicht einmal allen Profs. dieser berühmte Erlaß bekannt war. Interessant ist weiter, daß er just zu dem Zeitpunkt vom Dekan aufgegriffen wurde, als wir Studenten die Bafög-Geschichte nicht auf sich beruhen lassen wollten.

Und zweitens:
Wie schafft der Dekan es, Bafög allein als allgemeinpolitisches Thema abzutun?

Wenn dieses Thema nicht in den Hochschulbereich gehört, wieso kann dann der Präsident der THD persönlich während seiner Arbeitszeit zur Vollversammlung erscheinen, deren Hauptthema die Bafög-Streichungen sind?

Wenn jemand meint, Bafög gehöre nicht in den Hochschulbereich, wie steht er dann zur Elite-Förderung an unseren Hochschulen?

Wie kann über Lehrerausbildung während der FBR-Sitzung gesprochen werden und Bafög muß draußen bleiben?

Und, und, und .....

Alle Argumente zogen nicht. Es darf nicht sein, wir dürfen nicht inhaltlich diskutieren über Bafög, sehen wir das doch endlich ein.

Um die ganze Sache zu besänftigen und für die Zukunft ein erträgliches und allen genehmes Klima zu erreichen, kam dann der eingangs erwähnte Vorschlag eines Profs. - eben der TOP "0". Er meinte wohl, hiermit haben wir die Hürde des Erlasses übersprungen. Wir sollten "vernünftig" sein und wenigstens die Chance der inoffiziellen Diskussion nutzen. Und das von einem Angehörigen des FB 3 (Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften), dessen Anliegen es ist, Menschen - kurz gesagt - zur Vernunft, Mündigkeit, Emanzipation zu erziehen !!

Zum Glück, dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Es gab also tatsächlich Leute, die das Paradoxe an dieser Idee erkannten. Doch beendet wurde die Diskussion mit der ach so bedenkenswerten Bemerkung eines Profs.:

So, damit haben wir uns jetzt selbst entmündigt.

Hierzu ist hoffentlich jeder Kommentar überflüssig.

Es mache sich der Leser seine eigenen Gedanken zu unserer freiheitlich- demokratischen Grundordnung !!!

Einer Kuh ins Horn gepetzt 2

Es ist eine Schande, daß Demos immer zu einer Jahreszeit stattfinden müssen, die so gar nicht zum Demonstrieren geeignet ist. So damals in Brockdorf, als die Demozüge durch den Marschneben tappten- sogar beim ersten Mal in Bonn, als die Hitze viele zermübte. Es stellt sich immer wieder die Frage, ob dies nun wirklich die richtige, hauptsächlich die wirksamste Aktionsform sei.
Auch diesmal mußte Bonn wieder dran glauben und es ist offenbar relativ gleichgültig, wer nun gerade das Regierungszepter hält; einen Grund den Politikern (was ~~ist~~ es für ein

→

WENN DIE HIESIGE DEMOKRATIE EINE WÄR...

... ABER AUFS VOLK HÖRT JA KEINER.

Ticker, was will er ...) die Zähne oder besser die Füße zu zeigen, gibt es offenbar immer.
Die neue parlamentarische Mehrheit rechts von der SPD - die immernoch im Ungewissen darüber ist, ob sie sich auch auf eine tatsächliche Mehrheit stützen kann - hatte die Streichung des Schülerbafägs und die Umstellung des Studentenbafögs auf eine reine Darlehenszahlung beschlossen.

Trotz heftiger Proteste aus allen möglichen Lagern - das ging von der Westdeutschen Rektorenkonferenz bis zu den vereinigten deutschen Studentenschaften - ging die Regierung ihren Weg in die bildungspolitische Elitelandschaft der 50er Jahre.
Die Demo, die wohl die "größte Demonstration der Schüler und Studentenbewegung" (ein vds Sprecher) gewesen sei, änderte daran auch nix mehr. Die beschworene Kampfkraft der Studentenbewegung blieb dann auch im Okultischen stecken. Zwar hatten die vds dem Oberbürgermeister der Stadt "die Demo noch in letzter Minute abgekämpft" (MSB Ditrich vom vds Vorstand) aber dafür sich damit einverstanden erklärt, den Zug durch die Pampa ziehen zu lassen. Die Abschlußkundgebung fand dann glücklicherweise nicht in einer Tiefgarage statt, sondern im fast schon kundgebungshistorischen Bonner Hofgarten.
Bis dann so die letzten müden Füße eingetrudelt waren, hatten schon vermeindlich geprellte Bafög - Empfänger mit Glühweinverkauf ihren Reibach gemacht.
Vor Beginn der Kundgebung bezichtigte der MSB den RCDS "die falsche Orientierung" (wieder MSB Ditrich) rausgegeben zu haben. Der RCDS hatte die Studenten aufgefordert, nicht an der Demo teilzunehmen.

Wesentliche Teile der Kundgebung wurden dann von der sozialdemokratischen Ausrichtung der Demo gekennzeichnet, aber auch vom tiefen Mißtrauen gegen die SPD. Als Gert Weißkirchen, Obmann der SPD Bundestagsfraktion kundtat, daß die SPD die Bafög Streichungen wieder zurücknehmen werde, wenn wir sie wohl auch am 6.März alle brav wählen, wurde er trotz alledem heftig ausgebuht. Auch Dohnani konnte nur mit Mühe die Parole "Hände weg vom Bäfög" noch in ein paar Sätze kleiden. Zu sehr steckt da noch 13 Jahre Regierungsarbeit drin, in der die SPD oft genug für ihre Wähler eine unverständliche Politik gemacht hat. Der Hinweis auf den maroden Koalitionspartner oder Sachzwänge, reichen da sicher nicht aus. -
Die Demo ist rum und der RCDS berichtet freudestrahlend von der Bildung einer Kommission zur Prüfung von Alternativen zu den Volldarlehensplänen. Und siehe dan der RCDS diagnostiziert diese Kommission als einen Teilerfolg, diesmal nicht der Demo, sondern der Beeinflussung der Bundestagsabgeordneten durch den RCDS.
Wie naiv den Glauben unter die Studenten zu streuen, daß diese Regierungsparteien auf "Beeinflussungen" irgendwelcher Studentenverbände reagieren.

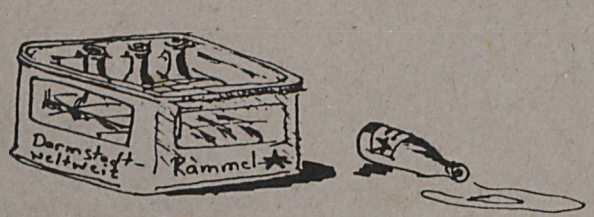
DAS PARLAMENT

BERICHTE AUS DEM STUPA

Zehn Tage vor Weihnachten tagte das Studentenparlament der THD zum letzten mal im alten Jahr.
Nachdem auf der letzten Situng Barbara Schwark von der Liste Unabhängige und JUSOs in den AStA nachgewählt wurde, war die Neuwahl eines Schriftführers notwendig geworden. Richard Jürgen Tietz wurde im ersten Wahlgangmit der erforderlichen Mehrheit gewählt.
Ebenfalls im alten Jahr mußte noch der Ältestenrat gewählt werden. Wie schon in der Wahlperiode zuvor werden Bernd Golle, Christian Flöter und Helmut Hauck dieses Amt bekleiden.
Einer der entscheidenden Tagesordnungspunkte dieser Sitzung war dann die zweite und abschließende Lesung des Haushalts der Studentenschaft für das Jahr 1983.
Wie ihr dem Haushaltsplan entnehmen könnt, wurden gegenüber dem Vorjahr nur wenige Änderungen unternommen. Nachdem die THD aus den vereinigten deutschen Studentenschaften mit Wirkung zum 31.3.83 zurückgetreten war, mußte natürlich auch der entsprechende Haushaltstitel entfallen. Dafür wurde der Dispositionsfond aufgestockt. Das Studentenparlament will damit die Möglichkeit eröffnen, Projekte die von Studenten gewünscht werden, zu fördern.
Eine Aufstockung erfuhr auch der Kulturetat. Verstärkt solle nach Meinug des AStA für kulturelle Veranstaltungen wie Workschops und Feste Geld ausgegeben werden.
Die einzelnen Posten entnehmt ihr aber bitte dem abgedrucken Haushalt.
Für weitere Fragen ist der Finanzreferent im AStA jederzeit da.
Weiterhin bestätigte das Studentenparlament die Beschlüsse der TH Vollversammlung zur Abendmensa und zum Bafög.
(Diese wurden bereits in einem Stupa Info nochmals veröffentlicht)

Unter dem Tagenordnungspunkt Anträge wurden dann nochmals heftig über geeignete Maßnahmen gegen die Schließung der Abendmensa diskutiert. In einem Antrag der UDS wurde gefordert, ein Sperrkonto einzurichten, auf dem die Studenten bei ihrer Rückmeldung10.- DM von ihrem 50.-DM Beitrag zum Studentenwerk einzahlen sollten. Mit diesem Boykott der Zahlung eines Teils der Studentanwerksbeiträge sollte Druck auf den Studentenwerksvorstand ausgeübt werden, damit die Abendmensa wieder unter den selben Bedingungen wie vormals eröffnet wird.
Mitlerweile ist dieser Beschluß, zumindest bis auf weiteres hinfällig, da eine Kommission die der Studnetanweksvorstand eingerichtet hatte demselben einen Vorschlag unterbreiten will, wonach die Abendmensa im Sommersemester wieder eröffnet werden soll, und darüber hinaus auch die Kaffeeteria bis 19.00 Uhr geöffnet bleiben soll.
Weiterhin beschloß das Stupa einen Antrag, wonach der AStA und die Fachschaften untersuchen sollen wo an der TH Kriegsforschungsprojekte durchgeführt werden.
Die Ergrbnisse soll der AStA in einer Dokumentation veröffentlichen.
In alter Manier zog bei diesem Antrag der RCDS und der UDS wieder den Schwanz ein. Sogar eine Dokumentation über Kriegsforschung an der THD ist offenbar zu "allgemeinpolitisch". Es war schon immer ein Bißchen schwerer das Gesicht zu bewahren.

Weiterhin wurden wir von AStA gebeten, eine Erklärung zur Wahl des Ausländerreferenten abzudrucken. Bitteschön!



STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

HAUSHALTSPLAN 1983

Entwurf

		1983	1982
I.	**Einnahmen**		
1.	Studentenschaftsbeiträge	270.000,--	250.000,--
2.	Kapitalertrag	2.000,--	4.000,--
3.	Auflösung Kapital	0,--	0,--
	Summe der Einnahmen	272.000,--	254.000,--
II.	**Ausgaben**		
1.	Personalkosten		
1.1	Aufwandsentschädigungen AStA-Mitglieder	54.000,--	43.200,--
1.2	Löhne und Gehälter	68.000,--	75.000,--
2.	Beiträge		
2.1	Beiträge, LAK	11.000,--	22.300,--
3.	Sachkosten		
3.1	Büro	10.000,--	8.000,--
3.2	Telefon	8.000,--	6.000,--
3.3	Sonstige Geschäftskosten	2.000,--	2.000,--
3.4	Reparaturen, Anschaffungen unter DM 500,--	4.000,--	4.000,--
3.5	Anschaffungen über DM 500,--	5.000,--	5.000,--
3.6	Dispofond AStA, Projekte	10.000,--	7.000,--
3.7	Parlament	2.000,--	3.000,--
3.8	Rechtsberatung, Gerichtskosten	8.000,--	8.000,--
3.9	Reisekosten	3.500,--	3.500,--
3.10	Fachschaften	38.000,--	32.000,--
3.11	Kulturarbeit	8.000,--	5.000,--
3.12	Infoetat	37.000,--	28.000,--
3.13	Bildung von Rücklagen	3.500,--	0,--
	Referate	0,--	2.000,--
	Summe der Ausgaben	272.000,--	254.000,--

III. Erklärungen

1. Die Titel 1.1 und 1.2 sind gegenseitig deckungsfähig gemäß § 20,1 LHO.
2. Die Titel 3.1, 3.2 und 3.3 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt gemäß § 20,2 LHO.
3. Der Titel 2.1 wird zugunsten des Titels 3.6 für einseitig deckungsfähig erklärt gemäß § 20,2 LHO.
4. Eine volle Aufwandsentschädigung beträgt DM 600.-- pro Monat.

Erklärung des AStA zur Besetzung des Ausländerreferates

In diesem Jahr resultierte aus den Koalitionsverhandlungen der den AStA tragenden Fraktionen nicht die Wahl eines Ausländerreferenten. Diese Tatsache ist nicht darin begründet, daß die den AStA tragenden Fraktionen diesen Arbeitsschwerpunkt für unwichtig erachten. Vielmehr gab gerade das Ausländerreferat in den letzten Jahren Anlaß für berechtigte Kritik, so daß die Nichtbesetzung des Referates das Ergebnis einer schon seit Jahren sich abzeichnenden Entwicklung ist. An der Arbeit der letzten drei Ausländerreferenten kritisieren wir:

- mangelnde Zusammenarbeit mit den restlichen AStA-Referenten, die sich besonders im ungenügenden Informationsfluß zeigt. Sie führte zu schlecht koordinierten Aktivitäten und häufigen Mißverständnissen.
- die Ausländerreferenten der letzten drei Jahre hatten alle die gleiche Nationalität. Dies hatte die Auswirkung, daß im Ausländerreferat schwerpunktmäßig Themen dieses einen Landes bearbeitet wurden. Gerade in Hinblick auf die Konzeption eines Internationalismusreferates ist eine solche Arbeitsorganisation und Schwerpunktbildung unserer Meinung nach nicht zu vertreten.
- der Rückhalt des Ausländerreferenten im Ausländerausschuß ließ in den letzten Jahren zunehmend zu wünschen übrig. Die Arbeit der Ausländervereine im Ausländerausschuß war stark zurückgegangen, was unserem Erachten nach die Folgerung zuläßt, daß eine Schwerpunktverlagerung der einzelnen Vereine von der Organisation der Arbeit hin zu der Bearbeitung von Themenbereichen wie "Probleme der Ausländer in Studium und Gesellschaft" zu vezeichnen war.

Aus diesen Mängeln heraus entschlossen sich die den AStA tragenden Fraktionen vorerst keinen Ausländerreferenten zu wählen.

Da sich aber auch gerade in Hinblick auf den Ausländerreferenten im Ausländerausschuß einiges bewegt hat und neue Ansätze für ein konkretes Konzept eines solchen Referenten sichtbar werden, hat der AStA einen Referenten für Internationalismus befristet eingestellt. Dieser Referent hat dem AStA ein Programm vorgelegt, welches er in Zusammenarbeit mit dem Ausländerausschuß entwickelt hat, und das einen Ansatz für ein mögliches Internationalismusreferat enthält. Das Programm wurde im AStA diskutiert und der AStA wird Ende Februar neu über das Problem des Internationalismusreferates befinden. Die befristete Einstellung des Referenten hat das Ziel, zu prüfen, ob aus den Ansätzen des Programms konkrete Arbeitsschritte folgen. Kriterien, die auch während der Diskussion des Programms genannt wurden, sind

- Veranstaltungen zu einzelnen Ländern
- Erstellung eines Erstsemesterinfos für ausländische Kommilitonen/innen
- Ausländerreferententreff auf Hessenebene

AStA der THD

Seite Sechzehn

Veranstaltungen an dieser unserer Hochschule:

liebe Freunde!

Studentenkeller im Schloß:

Mo 10.1. Frauendisco ♀

Fr 14.1. Welcome Home Band — FUNK-ROCK 5.—

Sa 15.1. Back Stage — BLUES-ROCK 4.—

Mi 19.1. Brandy — BEATLESSONGS 4.—

Fr 21.1. Norbert Dömling (Bass) und Juray Galen (Guitar) — JAZZ 4.—

Sa 22.1. Wütrio's Jazz- und Rock-Maschine 4.—

Fr 28.1. Didier's Capt'n Coffee Group — FREE MUSIC 4.—

Sa 29.1. Zeitzünder — NEUER DEUTSCHER ROCK 4.—

Und sowieso: Dienstags bis Samstags ist der Schloßkeller abends offen!

Studentischer Filmkreis THD

Di 11.01. **WIE KLAUT MAN EINE MILLION?** Regie: William Wyler, USA 1965

Do. 13.01. **ACTIONFILM** Der Verleiher gestattet uns für diesen Film keine Vorwerbung.

Di. 18.01. **EIN GLÜCKLICHES JAHR** Regie: Claude Lelouch, F/I 1973

Do. 20.01. **DIE SCHACHNOVELLE** Regie: Gerd Oswald, D 1960

Di. 25.01. **NIMMS LEICHT – NIMM DYNAMIT** Regie: Georges Lautner, F 1966

Do. 27.01. **ZEICHENTRICKFILM**

Dienstag 20.00 Uhr

DONNERSTAGS um 19.00 & 21.30 Uhr

im AUDIMAX

MAIS – Chicago (c/bush)

	23.12.S	22.12.S
MRZ	242,25– 242,00	241,50– 241,75
MAI	250,50	249,75– 250,00
JUL	256,50– 257,00	255,75– 256,00

GERSTE – Winnipeg (can.$/t)

	23.12.S	22.12.S
DEZ	100,30	98,70
MRZ	103,10	102,70
MAI	106,00	105,70

York	24. 12.	23. 12.
AC...	32.25	31.00
AMD	26.625	27.00
Aetna Life	37.25	36.375
Allegheny Pw.	23.625	23.625
Allied Corp.	33.25	33.25
Allied Stores	36.875	36.75
Allis Chalmers	8.75	8.375
Alcoa	31.625	30.125
Alco Std.	—	—
Amax Inc.	20.125	19.625
Amdahl	27.25	27.75
Amdisco	23.75	23.75
Amerada Hess	24.625	23.875
Am. Airlines	24.50	24.125
Am. Brands		
...ght	45.25	44.25
Dana	34.00	34.00
Dart. & Kr...	69.00	67.75
Deere Co.	28.50	28.50
Digital Equip...	...75	96.75
Disney		63.00
Dome Mines		13.375
Dow Chemical		...625
Dravo Corp.		
DuPont		...75
Eastern Airlines		8.50
Eastman Kodak	...875	86.125
Eaton Corp.	30.75	29.75
Emerson Elec.	61.25	61.625
Emhart Corp	45.50	45.25
Esmark	58.00	57.375
Exxon Corp.	28.00	28.00
Faberge	15.00	15.50
Fedders	3.75	3.875
Firestone	18.25	17.875
Fst. Chicago	18.25	18.875
...Boston	35.875	36.75

	24. 12.	
Freeport-MCMoran	15.125	15.125
Fruehauf	24.50	24.375
Fuqua Ind.	31.625	31.875
GAF Corp.	13.625	13.25
Gen. Dynamics	32.375	32.75
Gen. Electr.	97.75	97.50
Gen. Foods	40.75	39.875
Gen. Instr.	51.25	49.50
Gen. Motors	62.50	62.375
Gen. Publ. Util.	6.75	6.75
Gen. Tel. Electr.	40.50	40.625
Gen. Tire	27.75	26.625
G... Oil	49.125	47.00
	46.625	48.375
		32.25
		34.75
		38.625
		8.25
		17.625
		49.00
		28.25
		12.75
		16.75
		17.125
		19.375
		26.375
		75.50
		47.50
		35.875
		51.50
		89.125
		9.875
		38.50
		23.875
		3.50
		3.125
		3.50
		1.625
		1.25
		1.75
		1.75
		1.25
		1.75
		1.5
		1.5
		1.5
Norton Simon	23.50	23.125
Occidental Pet.	19.25	19.00
Ohio Edison	14.25	14.00
Olin Corp.	22.375	22.25
Owens Illinois	27.75	27.875
Pan Am. Air	3.75	3.50
Parker Corp.	14.25	14.50
Pennzoil	34.00	33.625
PepsiCo	34.25	33.625
Pfizer	69.75	68.875
Phelps Dodge	24.625	24.00
Philip Morris	60.25	59.75
Phillips Petr.	32.00	31.75
Pittston	13.75	13.625
Polaroid	...625	24.00
Proct. & G...		118.00
Raytheo...		44.75
RCA		23.125
Republ...		4.75
Revere Copper		...375
Revlon	30.375	30.50
Reynolds Met.	24.875	24.125
Reynolds Ind.	51.375	50.375
Rockwell	43.875	43.50
Royal Dutch	33.875	33.75
	24.375	24.125

LEBENDE RINDER – Chicago (c/lb)

	23.12.S	22.12.S
FEB	59,05– 59,15	58,30– 58,50
APR	60,15– 60,05	59,42– 59,30
JUN	61,45– 61,35	60,90– 61,05
AUG	60,45– 60,35	59,90– 60,05

LEBENDE SCHLACHTSCHWEINE – Chicago (c/lb)

	23.12.S	21.12.S
FEB	58,00– 58,10	57,90– 58,00
APR	54,80– 54,95	54,95– 54,90
JUN	56,10– 56,25	56,40– 56,45
AUG	55,90– 55,85	—

SCHWEINEBÄUCHE – Chicago (c/lb)

	23.12.S	22.12.S
FEB	83,90– 84,25	83,40– 83,30
MRZ	82,80– 82,95	82,37– 82,50
MAI	82,35– 82,47	81,80– 82,00
JUL	80,65– 80,70	80,40– 80,00

FRISCHE HÄHNCHEN – Chicago (c/lb)

	26.11.S	22.11.S
DEZ	40,00	39,25N
	—	—
	—	—
	—	—

WEIZEN – Chicago (c/bush)

	23.12.S	22.12.S
MRZ	336,25– 336,50	333,50– 334,00
MAI	343,00	339,50– 339,75
JUL	347,50	343,00– 343,25

ROGGEN – Winnipeg (can.$/t)

	23.12.S	22.12.S
DEZ	117,50	117,50
MRZ	119,80	120,50
MAI	123,50	124,00

KUPFER (H) Walzdraht (£/100 kg)	103,94	108
MANGAN-ERZ (H), 48% cif Eur. ($/t-Einh.)	1.60–	1.64
MESSING (H) Stangen (£/100 kg)		116.50
MOLYBDÄN (H) ab Lag. Rotterd. ($/kg)	7,50–	7,80

„Kein Tabu mehr"

Am Jahresende 2,2 Millionen Arbeitslose

Das Wetter

Bewölkt und regnerisch, oberhalb 400 Meter schneit es. Tagestemperaturen bei vier Grad. Aussichten: Es wird wärmer.